

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.

Über  
Digitales  
reden

DIGITALER  STAAT

Nr. 126 Berlin und Bonn

19. September 2024



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

## Update für den Katastrophenschutz

(BS) Der Katastrophenschutz besteht – so die weitverbreitete Meinung – aus rund zwei Millionen (hauptsächlich ehrenamtlichen) Kräften, die jederzeit zur Verfügung stehen. Wenn ein Update für den Katastrophenschutz gefordert wird, wird oft vergessen, dass es nicht nur um eine veränderte Ausstattung geht, sondern um Szenarien, die uns mit Sicherheit betreffen werden. Der Klimawandel ist ein Szenario, das mittlerweile Realität geworden ist. Ein weiteres Szenario ist, die gleiche Arbeit mit 20 Prozent weniger Personal bewältigen zu müssen – eine Folge des demografischen Wandels. Es ist keine Option, bestimmte Aufgaben nicht zu erledigen. Sie müssen dennoch ausgeführt werden. Dieses Problem muss jedoch jetzt angegangen werden.

Der weitaus größere Irrtum besteht darin zu glauben, der Katastrophenschutz bestünde nur aus den Einsatzkräften. Nein, der Katastrophenschutz betrifft ebenso die Wirtschaft und fast alle Teile der Verwaltung, insbesondere die Exekutivbehörden – von Apotheken über Ordnungsämter bis hin zu Fachbehörden. Es gibt also noch viel zu tun. Man darf nicht nur an den eigentlichen Katastrophenschutz durch die Blaulichtorganisationen denken. Katastrophenschutz ist weitaus mehr.

### Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

## Überlebenswichtiges Lernen

(BS) Lebenlanges Lernen – das ist das hehre Ziel einer modernen Gesellschaft. Doch dieses Ziel stößt an seine Grenzen. Der Bevölkerungsschutz stellt keine Ausnahme dar, wie der fünfte Digitale Katastrophenschutzkongress gezeigt hat. Doch es gibt Positives zu vermelden.

„Wir drehen das große Rad“, stellt der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) klar. Der Katastrophenschutz sei ein Schwerpunkt der Regierung. Angesichts der Diversifizierung und Zunahme der Schadenslagen, wie Extremwetterereignisse oder Cyber-Angriffe, müssten der Katastrophenschutz und die Synergien weiterentwickelt werden. Zwar seien die Schadenslagen nicht neu, aber das überlappende und gleichzeitige Auftreten dieser Schadenslagen sei die Herausforderung. Selbstkritisch gibt Ebling zu, dass der Bevölkerungsschutz in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt wurde.

### Fördern und Fordern

Deshalb habe man in Rheinland-Pfalz als Lehre aus der Ahr-Katastrophe eine Neustrukturierung veranlasst. Dazu wurde ein neues Brand- und Katastrophenschutzgesetz auf den Weg gebracht. Zum einen stärke man das Land mit einem Lagezentrum im neuen Landesamt für Katastrophenschutz, welches 2025 seine Arbeit mit zunächst 150 Stellen aufnehmen soll. Dieses soll permanent Informationen sammeln, bündeln und auswerten. Zudem wird über das Lagezentrum die nationale und bilaterale Hilfe in Katastrophenfällen koordiniert. So schafft man eine zentrale Anlaufstelle im Schadensfall.



Michael Ebling, Innenminister von Rheinland-Pfalz: Katastrophenschutz ist Schwerpunkt der Regierung.

Screenshot: BS/Biskup-Klawon

Eine weitere Säule stellt die Stärkung der Kommunen dar, die im Schadensfall weiterhin verantwortlich bleiben sollen. Das Land will jedoch unterstützen. In den Landkreisen soll es zukünftig hauptamtliche Brand- und Katastrophenschutzinspektorinnen und -inspektoren geben, die vom Land bezahlt werden. Das neu geschaffene Landesamt kann im Bedarfsfall die Einsatzleitung übernehmen und Anweisungen vor Ort erteilen.

Neben der Unterstützung kommen aber auch Pflichten. Das Gesetz verpflichtet die Kommunen, Bedarfspläne für den Katastrophenschutz sowie Einsatzpläne aufzustellen und fortzuschreiben. Diese müssen dann dem neuen Landesamt vorgelegt werden. Auch als Lerneffekt aus der Ahr-Katastrophe sollen nun regelmäßige Übungen durchgeführt werden. All das hatte es z. B. im Kreis Ahrweiler nicht gegeben.

### Übung macht den Meister

Wie wichtig das Lernen im Katastrophenschutz ist, zeigte Dr. Nico Janicke aus dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) auf.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Mit einem Rückblick auf die LÜKEX 18 – eine angenommene Gasmangellage in Süd-deutschland – habe das BBK die Rückmeldung von der Bundesnetzagentur für den Winter 2022/2023 erhalten: „Die LÜKEX 18 war das Beste, was uns passiert ist.“

Auch seien aus der LÜKEX 23 einige Lehren gezogen worden. So müsse die VS-Kommunikation weiterentwickelt werden. Die Krisenkommunikation müsse ressortübergreifend einheitlich abgestimmt werden. Zudem müsse das Krisenmanagement ebenfalls vereinheitlicht werden. Zwar ist jede beteiligte Stelle für die Umsetzung der Lessons Learned selbst verantwortlich, doch das BBK unterstützt durch Netzwerkbildung und Nachhaltigkeitsrunden dabei. Besonders unterstreicht Janicke aber eines: „Nicht nur Köpfe in der Krise kennen, sondern auch die Funktionen!“

**Wo ein Wille ist, ist auch Geld**

„Übungen können helfen, müssen aber anders gestaltet werden“, sagte Prof. Dr. Henning Goersch, Professor für Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz von der FOM Hochschule. Diese müssten eher wissenschaftlich aufgestellt werden. Auch die Bewertung könne nicht von der gleichen Stelle vorgenommen werden, die die Übung durchgeführt habe, so Goersch.

Goersch sieht mehrere Probleme bei der Lernfähigkeit des deutschen Katastrophenschutzes. Erstens habe man in Deutschland eine zu eingeschränkte Perspektive auf die



Wenn aus der Übung Realität wird: die LÜKEX 18 zur Gasmangellage.

Screenshot: BS/Biskup-Klawon

bewältigte Katastrophe. Zwar sei jede Katastrophe einzigartig, doch vergleichbare Ereignisse würden ausgeblendet. Dabei könnte man von diesen viel lernen und Bewältigungskonzepte übernehmen. Zweitens sei der deutsche Katastrophenschutz hauptsächlich auf Response und Preparedness ausgerichtet. Ein Großteil des Lernens finde aber in der Recovery-Phase sowie in der Prävention statt. Drittens würden (internationale) Lerngelegenheiten meist nicht erkannt.

Als Empfehlungen für das Lernen aus Katastrophen gibt Goersch mehrere Punkte an. Bei der Aufarbeitung müsse darauf geachtet werden, dass kurzfristige Ziele nicht die langfristigen Ziele überlagern. Veränderungen müssten strukturell, systematisch und kulturell vollzogen werden. Das Lernen solle immer interorganisational und überregional erfolgen. Zudem müssten den strategischen Aspekten und den Vorsorgeaspekten mehr Bedeutung beigemessen werden. „Die Ausrede des Finanziellen kommt zwar meist, aber wenn ein politischer Wille da ist, ist auch Geld da“, so Goersch.

# Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

**NEWSLETTER**

**[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)**

**[16. September:](#)**

- Neues Gesetz und Fußfesseln für Gewalttäter?

**[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)**

**[17. September:](#)**

- BWI veröffentlicht Roadmap für den Zeitraum 2024-2029

**[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)**

**[18. September:](#)**

- „Forum gegen Fakes“ übergibt Gutachten

**[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)**

- Wohin die Reise geht

**PODCASTS**

**[Podcast „Public Sector Insider“](#)**

**[17. September:](#)**

- Rassismus und die Treuepflicht

**[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“](#)**

**[vom 8. August:](#)**

- Chris Hutchins von Trellix über Anwendung von generativer KI in der IT-Sicherheit

WEBINAR

# EINFÜHRUNG IN DAS DROHNENRECHT UND DIE EGRED 2

RECHTSSICHERE NUTZUNG VON DROHNEN MIT KI-SYSTEMEN

**26.09.2024 • 14:00 UHR**

## Warntag: Cell Broadcast reichweitenstärkstes Mittel

(BS) Am Bundesweiten Warntag 2024 haben nach Angaben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die Warnsysteme wie geplant ausgelöst. Zum vierten Mal wurden die Warnkanäle Cell Broadcast, Sirene oder Warn-App getestet.

Um 11 Uhr am 12. September entsendete das BBK eine Probewarnung. 11:45 Uhr folgte dann die Entwarnung bzw. auch nicht. Wer auf eine Entwarnung beim Warnkanal Cell Broadcast wartete, wartete vergeblich. An dieser wird noch gearbeitet. Der BBK-Präsident Ralph Tiesler zeigte sich dennoch erfreut über den Verlauf des Warntages: „Nach den mir bisher vorliegenden Erkenntnissen war der heutige Bundesweite Warntag wieder ein Erfolg! Wie geplant haben wir die Bevölkerung mit einer großen Bandbreite an Warnmitteln erreicht. Damit haben wir nicht nur die Leistungsfähigkeit unserer Warnsysteme demonstriert, sondern auch für das wichtige Thema Warnung sensibilisiert. Wir sammeln nun die Rückmeldungen aus den Ländern, Kreisen und kreisfreien Städten und werten sie gemeinsam mit den Erfahrungsberichten der Bevölkerung aus,

um unsere Systeme zukünftig noch weiter zu optimieren.“

Das BBK hat im Anschluss an den Warntag wieder eine Umfrage gestartet, bei der die Bürgerinnen und Bürger ihre Erfahrungen teilen konnten. Die vollständigen Ergebnisse werden wissenschaftlich ausgewertet und fließen in die weitere Optimierung der Warnsysteme ein.

Nach der vorläufigen Auswertung des BBK konnten 95 Prozent der bisher 112.822 Befragten durch den Warnmittelmix von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden. 76 Prozent der Befragten haben eine Probewarnung über Cell Broadcast erhalten. Damit blieb Cell Broadcast das reichweitenstärkste Warnmittel. Über die Hälfte der Befragten wurden durch mindestens eine Warn-App (56 Prozent) bzw. Sirensignale (59 Prozent) gewarnt. 10 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben eine Probewarnung durch eine persönliche Mitteilung erhalten.

### Wenige Ausnahmen in Bayern

Eine positive Bilanz zog man auch im Freistaat Bayern. „Nach einem ersten Überblick



Zum vierten Mal heulten die Sirenen am Warntag.

Foto: BS/iXimus, [pixabay.com](https://pixabay.com)

können wir sagen, dass der Warntag bei uns in Bayern mit wenigen Ausnahmen störungsfrei verlaufen ist. Die digitalen Warnungen wurden bundesweit zentral über das Modulare Warnsystem erfolgreich an Warn-Apps sowie Cell Broadcast auf die Mobiltelefone übertragen“, so der bayerrische Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

## DRK-Präsident geht

(BS) Gerhard Schneider hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Präsident des DRK-Landesverbandes Thüringen e.V. niedergelegt.

Vizepräsidentin Prof. Dr. Gabriele Beibst sagt: „Der DRK-Landesverband Thüringen dankt Gerhard Schneider für sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement für den DRK-Kreisverband Eisenach und den DRK-Landesverband. Er prägte das DRK in Thüringen ganz wesentlich und hinterlässt eine große Lücke.“

Seine Aufgaben als Präsident des DRK-Landesverbandes werden ab sofort von Vizepräsidentin Prof. Dr. Gabriele Beibst und Vizepräsident Helmut Schuchardt wahrgenommen. Schneider war von 2000 bis 2006 Oberbürgermeister der Stadt Eisenach in Thüringen.

Dresden ist auch 2024  
Top-Reiseziel!

©123rf.com: L. Kryvoshapka

# FLORIAN

**23. Fachmesse für Feuerwehr,  
Zivil- und Katastrophenschutz**

mit **aescutec**

**10. – 12. Oktober**  
MESSE DRESDEN · 9 – 17 Uhr

— [www.messe-florian.de](http://www.messe-florian.de) —

### Premiere: Technische Hilfeleistung Mähdrescher (an allen Tagen)

#### Donnerstag, 10. Oktober:

- Fachtagung Vorbeugender Brandschutz
- Hochwasserschutztagung
- Workshop „Rettungsarbeiten an Hochvoltfahrzeugen“

#### Freitag, 11. Oktober:

- Fachtagung Atemschutz
- 2. Fachtagung Katastrophenmedizin und Sonderlagen
- Workshop „Rettungsarbeiten an Hochvoltfahrzeugen“

#### Samstag, 12. Oktober:

- Fachtagung Rettungsdienst
- Fachtagung Atemschutz
- Fachtag „PSNV“ für Einsatzkräfte
- Workshop „Rettungsarbeiten an Hochvoltfahrzeugen“
- Workshop Öffentlichkeitsarbeit
- Drohnenworkshop

AG FReDi präsentiert:



Jetzt  
anmelden!

Änderungen vorbehalten!

## 2. Umfrage zu Gewalt gegen Einsatzkräfte

(BS) Die zweite bundesweite Umfrage zu Gewalt gegen Feuerwehr-Einsatzkräfte ist gestartet. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit vom Deutschen Feuerwehrverband (DFV) und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) realisiert. Der DFV plant mit den Ergebnissen, gezielte Maßnahmen zu erarbeiten, um Feuerwehrangehörige besser schützen zu können. Die Gewalt-Umfrage wird erneut vom Institut für Arbeit und Gesundheit (IAG) der DGUV entwickelt.

„Im vergangenen Jahr konnten wir mit unserer ersten Umfrage unter Freiwilligen Einsatzkräften das wichtige Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte endlich in die öffentliche Diskussion bringen. Umso wichtiger ist es, jetzt neben ihnen auch die Berufs- und Werkfeuerwehren mit zu berücksichtigen,



Gehören Gewalterfahrungen zum Alltag von Feuerwehrkräften? Eine Umfrage soll Antworten liefern.

Foto: BS/ocoparisienne, [pixabay.com](https://pixabay.com)

damit sich ein realistisches Gesamtbild ergibt. Ich lade alle aktiven Feuerwehrkräfte Deutschlands dazu ein, sich zu beteiligen. Gemeinsam erteilen wir Politik und Gesellschaft den Auftrag, unsere Lage zu verbessern“, forderte DFV-Präsident Karl-Heinz Banse.

DGUV-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Hussy fügte hinzu: „Gewalt gegen Menschen, die anderen helfen wollen, ist absolut inakzeptabel. Darauf weisen wir mit unserer Kampagne #GewaltAngehen hin. Es ist wichtig, Gewaltvorfälle nicht hinzunehmen, sondern darüber zu sprechen. Wir unterstützen daher den Aufruf des Deutschen Feuerwehrverbandes, sich an der neuen Umfrage zu beteiligen.“

### Erschreckendes Ergebnis im vergangenen Jahr

Im vergangenen Jahr wurde eine ähnliche Umfrage durchgeführt. Im Ergebnis gaben rund die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, im Einsatz Gewalt erlebt zu haben. Im besonderen Maße dominierte verbale Gewalt in Form von Beleidigungen oder Bedrohungen.

Die Umfrage an alle haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrkräfte läuft bis zum 25. Oktober 2024. Sie finden die Umfrage [hier](#).

Die Ergebnisse der Umfrage aus 2023 sowie weitere Informationen zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte finden sich [hier](#).

## ZMZ im Fokus

(BS) „Gerade war die Bundeswehr mit Hubschraubern und einem Pionierpanzer bei Waldbränden im Harz und im Landkreis Wittenberg im Einsatz und hat die Feuerwehr in einer dynamischen Lage zuverlässig unterstützt. Dies gilt auch andersherum: Wenn die Bundeswehr unsere Hilfe braucht, dann sind wir auch selbstverständlich bereit, zu helfen“, erklärte Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Beim Berliner Abend der deutschen Feuerwehren wurde die enge Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Bundeswehr betont, insbesondere bei Katastropheneinsätzen.

DFV-Präsident Banse forderte mehr finanzielle Mittel für die Innere Sicherheit und kritisierte die zunehmende Abhängigkeit der Bevölkerung von Rettungskräften. Er warb zudem für ein gemeinsames Museum von Feuerwehr und THW sowie die Gründung eines europäischen Feuerwehrverbandes. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sicherte ihre Unterstützung für diese Vorhaben zu und hob die wichtige Rolle der Feuerwehren im Zivilschutz hervor.



Karl-Heinz Banse, DFV-Präsident, (dritter von links)

Foto: BS/Proll

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

## vfdb: Katastrophenschutz braucht Update

(BS) „Der Katastrophenschutz braucht dringend ein Update“, fordert vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner. Angesichts der dramatischen Hochwassersituation in Süddeutschland, dem Großbrand im Harz und der derzeitigen Hochwasserlage in Nachbarländern verweist Aschenbrenner auf das sieben Punkte umfassende Positionspapier der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb). Angesichts solcher Folgen könne nicht davon gesprochen werden, in Deutschland für solche Fälle gut aufgestellt zu sein, so der vfdb-Präsident.

Die sieben Punkte des vfdb-Positionspapiers sind:

1. Die Ausbildung für die Einsatzkräfte der Gefahrenabwehr muss den Lagen und Risiken angepasst werden. 2. Die Ausrüstung

muss verbessert werden. 3. Führungsstrukturen sind weiterzuentwickeln und aktuellen Anforderungen anzupassen. 4. Naturschutz muss gegenüber Gefährdungen für Menschen, Tiere und Sachwerte abgewogen werden. 5. Selbstschutz und Selbsthilfe stärken. 6. Prävention verbessern 7. "Aus Fehlern lernen" - Fähigkeitslücken schließen.

„Erinnern möchte ich nicht zuletzt an die Katastrophe im Ahrtal. Das Ereignis hat auf schreckliche Art bewiesen und vielfach dokumentiert, wo bei uns die Lücken sind. Aber passiert ist seitdem dennoch viel zu wenig.“ In Deutschland fehle es nicht an Erkenntnissen, was alles getan werden kann und muss. „Vielmehr haben wir das Problem, diese Erkenntnisse umzusetzen“, so Aschenbrenner weiter.



Angesichts der Hochwassersituation in Deutschland und seinen Nachbarländern erneuert die vfdb seine Forderungen .

Foto: BS/Markus Distelrath, [pixabay.com](https://pixabay.com)

## KI gewünscht

(BS) Laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom befürworten 71 Prozent der Deutschen den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Katastrophenschutz, um Extremwetterereignisse besser vorherzusagen. 64 Prozent glauben, dass KI solche Ereignisse zuverlässiger vorhersagen kann als Menschen. 81 Prozent der Befragten sorgen sich über eine Zunahme von Naturkatastrophen, während 59 Prozent das Land schlecht darauf vorbereitet sehen. Radio und Fernsehen sind die wichtigsten Warnkanäle im Katastrophenfall, gefolgt von Sirenen, Lautsprecherwagen und digitalen Displays. Digitale Warnmethoden wie Cell Broadcast und Warn-Apps werden ebenfalls von vielen bevorzugt.

„KI kann riesige Mengen an historischen und aktuellen Wetter- und Umweltdaten auswerten und in Echtzeit analysieren. So lassen sich Muster erkennen, die mit hoher Zuverlässigkeit auf bevorstehende Naturkatastrophen hinweisen können“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. Zudem könnten KI-gestützte Warnsysteme automatisch Alarme auslösen, was wertvolle Zeit für Schutzmaßnahmen und Evakuierungen schaffe, so Rohleder weiter.

Nach der Umfrage möchten die meisten Menschen in Deutschland über Radio (95 Prozent) und Fernsehen (82 Prozent) gewarnt werden. Die Hälfte (51 Prozent) möchte per Messenger-Nachricht und 48 Prozent per Notfall- oder Warnapp gewarnt werden.

WEBINAR

# BESCHAFFUNG VON EINSATZFAHRZEUGEN FÜR DIE FEUERWEHR

VERGABEVERFAHREN, LEISTUNGSBESCHREIBUNG, ANGEBOTSPRÜFUNG UND -WERTUNG, ABNAHME

02.10.2024

16:30 UHR

## Prävention aus dem Weltraum

(BS/Michael Koch) Der Landkreis Havelland erstreckt sich auf einer Fläche von 1.727 Quadratkilometern, liegt im Land Brandenburg und grenzt im Westen an das Land Sachsen-Anhalt und im Osten an die Bundeshauptstadt Berlin. Neben großen Wald- und Wasserflächen ist das Havelland auch durch seine vielfältige Kulturlandschaft geprägt.

Vor zwei Jahren haben wir uns in der Kreisverwaltung entschlossen, in Ergänzung zu den bereits vorhandenen Feuerwachtürmen des Landes Brandenburg auf ein satellitengestütztes Waldbrandfrüherkennungs- und Überwachungssystem zurückzugreifen, um noch schneller Brandgefahren zu identifizieren. Da das ganze Kreisgebiet überwacht wird und nicht nur die Wälder, werden z. B. auch Brände auf Ruderal- oder Ackerflächen, aber auch in Siedlungsgemeinden erkannt.

Mit Hilfe von Satelliten und deren Wärmebildkameras kann das System Hitzeanomalien auf der Erdoberfläche erkennen, die auf Brände hindeuten. Wird das Feuer lokalisiert, erfolgt eine automatisierte Alarmerung per E-Mail, SMS oder WhatsApp-Nachricht, bei der sofort die GPS-Daten des Brandortes übermittelt werden. Neben dem zeitlichen Vorteil können für die Einsatzplanung wichtige Informationen wie Windrichtung, Luftfeuchtigkeit, Wärmebilder und Vegetation des betroffenen Geländes eingesehen werden. Die Feuerwehr wird somit in die Lage versetzt, sich schnell einen Überblick zu verschaffen und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen.

### Auch den Nachbarn im Blick

Der Landkreis Havelland kann das Überwachungssystem innerhalb der Kreisgrenzen und zehn Kilometer darüber hinaus nutzen. Hauptvorteil ist, dass auch etwaige Brandgefahren aus den Nachbarlandkreisen frühzeitig erkannt werden und der landkreisübergreifend liegende Truppenübungsplatz in Kletz vollständig miterfasst ist. Im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit unterstützen wir die Bundeswehr damit bei der Vegetationsbrandbekämpfung. Für den Landkreis ist die



*Prävention nimmt beim Thema Waldbrand eine große Rolle ein. Helfen kann eine Satellitenüberwachung.*

*Foto: BS/Ylvers, [pixabay.com](https://pixabay.com)*

Bundeswehr ein wichtiger und verlässlicher Partner, der uns zu verschiedenen Anlässen immer wieder unterstützt hat – vor allem auch während der Corona-Pandemie. Deshalb räumen wir der Bundeswehr gerne die Möglichkeit ein, das System mit zu nutzen, um Gefahren auf dem Truppenübungsplatz möglichst schnell zu erkennen.

Wir nutzen das System der Firma Ororatech, die sich neben zwei ihrer selbst entwickelten Satelliten auch kommerzieller Satelliten u. a. der NASA und der ESA bedienen. Die Anzahl der eigenen Satelliten, die in Deutschland entwickelt und produziert werden, soll bis 2027 auf bis zu 100 anwachsen und dann auch eine Kontrolle nahezu in „Echtzeit“ ermöglichen. Das Überwachungssystem wird bereits in anderen Ländern wie z. B. Kanada, Australien, Chile und in den USA zur Überwachung ihrer Waldflächen genutzt.

### Integration von eigenen Daten möglich

Eine Besonderheit des Systems ist, dass es uns erlaubt eigene Daten, z. B. aus dem Geoinformationssystem zu integrieren. So können eigene Gefahrenkarten wie z. B. Standorte Kritischer Infrastrukturen und Karten zu Kampfmittelverdachtsflächen im System dargestellt und im Ereignisfall zur besseren Lagebeurteilung verwendet werden.

In der Erprobung befindet sich zurzeit ein Vorhersagemodell, das mittels Wetterdaten, Daten zum Geländeprofil, der

Vegetation und der Bebauung innerhalb weniger Minuten eine Brandausbreitung für die kommenden zwölf Stunden simulieren kann. Von dieser Funktion profitiert insbesondere die Einsatzleitung, die ihre Schwerpunkte und Taktik an der möglichen Brandentwicklung ausrichten kann.

Bereits seit vielen Jahren nutzt der Landkreis Havelland das bestehende und bewährte System der Waldbrandwachtürme und nutzt das neue System zusätzlich. Die satellitengestützte Waldbrandüberwachung kann aber auch Daten bestehender Anbieter z. B. von bodengestützten Kameras und Sensoren, Drohnenbilder oder Flugzeugaufnahmen integrieren.

### Hohe Kosten durch den Einsatz

Der Anbieter des satellitengestützten Waldbrandüberwachungssystems kooperiert derzeit mit einem großen Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen im Bereich des Fahrzeugtrackings. Dabei werden die Fahrzeuge mit einem GPS-Tracker ausgestattet, der die Koordinaten an das Waldbrandüberwachungssystem meldet und die Positionierung der Einsatzmittel in der interaktiven Karte ermöglicht. Mit der Echtzeitdarstellung der Position der Fahrzeuge kann der Einsatzleiter somit jederzeit die Standorte seiner Brandschutzkräfte nachvollziehen und bei drohender Gefahr frühzeitig warnen oder so umstrukturieren, dass die Brandbekämpfung angepasst werden kann. Der Landkreis Havelland testet dieses Tracking-System im Rahmen eines Pilotprojektes derzeit mit drei Fahrzeugen.

Mit dem Anwachsen der eingesetzten Satelliten und dem erweiterten Servicelevel werden auch die Kosten für die Anwender steigen. Der Landkreis Havelland wird nicht mehr in der Lage sein die finanziellen Mittel dafür alleine aufzubringen und prüft deshalb, die Nutzung der satellitengestützten Waldbrandüberwachung zum Ende des Jahres einzustellen.

*\*Michael Koch ist Beigeordneter des Landkreises Havelland und leitet das Dezernat für Ordnung und Sicherheit, Umwelt, Landwirtschaft und Veterinärwesen.*



EUROPEAN POLICE CONGRESS

**NEUER  
TERMIN****20.–21. MAI  
2025****CityCube Berlin**[www.european-police.eu](http://www.european-police.eu)**Impressum**

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerden-spiegel.de](http://www.behoerden-spiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.